

Gemeinde ERZHAUSEN

BESCHLUSS

der Haushaltsberatung 2. Lesung des Haupt- und Finanzausschusses

vom Donnerstag, den 01.02.2024.

4. **a) Beratung und Beschlussfassung über das Haushaltssicherungskonzept 2024**
 b) Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm 2023-2027
 c) Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit -planung 2024
Drucksache VII/191

Der Vorsitzende Tobias Pippart geht auf die entsprechend der letzten Sitzung eingeforderten und nun nachgereichten Unterlagen ein.

Die Verwaltung führt dazu aus und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Anschließend schlägt der Ausschussvorsitzende Tobias Pippart vor, über die vorliegenden Anträge der Fraktionen zu beraten, darüber abzustimmen und die sich daraus ergebenden Änderung in die Liste „Nachträgliche Änderungen“ aufzunehmen.

Über folgende Anträge der Fraktionen wurde im Verlauf der Sitzung beraten und Beschluss gefasst:

CDU - Zurückverweisung des Haushaltsentwurfs in den Gemeindevorstand

Daniel Seibold erläutert den Antrag seiner Fraktion und führt die Gründe dafür aus.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den vorliegenden Haushaltsentwurf 2024 mit den nachträglichen Änderungen an den Gemeindevorstand zurückzuverweisen.

Beratungsergebnis: 1 Ja-Stimme(n) (CDU), 5 Gegenstimme(n) (3 GfE, 2 GRÜNE) , 3 Stimmenthaltung(en) (2 SPD, 1 CDU)

Antrag Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Nr. 6 – Haushaltssicherungskonzept

Klaus Süllow erläutert den Antrag seiner Fraktion und Claudia Lange ergänzt.

Aufgrund einer Anfrage der Verwaltung bei der Kommunalaufsicht ist nunmehr bekannt, dass der Vorschlag zum Haushaltssicherungskonzept von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt werden würde. Über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN wird deshalb nicht beschlossen.

Die Ausschussmitglieder kommen jedoch überein, den Vorschlag einen Arbeitskreis zu bilden, weiter zu verfolgen um für zukünftige Haushaltsjahre kurz- und mittelfristige Kosteneinsparungen bzw. Ertragssteigerungen zu erreichen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt das Investitionsprogramm 2023-2027 inklusiv der vom Haupt- und Finanzausschuss am und auf Basis der Anträge der Fraktionen und der von der Verwaltung vorgelegten Nachträge beschlossenen Änderungen.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

Antrag Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Nr. 1 – Invest.Nr. 1102-001

Claudia Lange erläutert die Erwägungen zur Anschaffung von Überwachungskameras im Bahnhofsbereich einerseits und im Einwohnermeldeamt (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Nr. 2) andererseits und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss:

Die Position Investition Invest.Nr. 1102-001 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung in Höhe von insgesamt 2.500 € zur Anschaffung von Überwachungskameras inkl. Software im Bahnhofsbereich für den HH 2024 wird gestrichen.

Beratungsergebnis: 8 Ja-Stimme(n) 3 GfE, 3 GRÜNE, 2 SPD), 1 Gegenstimme(n) (1 CDU), 0 Stimmenthaltung(en)

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Nr. 2 Invest.Nr. 1104-001 – Meldewesen

Beschluss:

Die Position Investition 1104-001 – Meldewesen in Höhe von 1.500 € zur Anschaffung von einer Überwachungskamera inkl. Software für den HH 2024 wird gestrichen.

Beratungsergebnis: 0 Ja-Stimme(n), 6 Gegenstimme(n) (3 GfE, 2 SPD, 1 CDU), 3 Stimmenthaltung(en) (3 GRÜNE)

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Nr. 3 - Invest.Nr. 3301-015 – Umbau Barrierefreiheit

Beschluss:

Die geplanten Investitionsauszahlungen für Invest.Nr. 3301-015 – Umbau Barrierefreiheit werden von 80.000 € auf 50.000 € gekürzt.

Beratungsergebnis: 8 Ja-Stimme(n) (3 GfE, 3 GRÜNE, 2 SPD), 1 Gegenstimme(n) (CDU), 0 Stimmenthaltung(en)

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Nr. 4 - Produkt 0501 – Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte

Klaus Süllow führt aus, dass die Gemeinde zur Einsetzung einer Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten verpflichtet ist und deshalb eine Kürzung der Personalaufwendungen im Produkt 0501 nicht richtig sei.

Claudia Lange erläutert hierzu, dass die Personalkosten im Gesamtbudget enthalten sind, nur derzeit aufgrund der unbesetzten Stelle nicht im Produkt 0501 dargestellt werden. Derzeit ist unklar bei welcher anderen Kostenstelle eine Kürzung vorzunehmen ist, sofern die Stelle der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte intern vergeben wird. Die Personalkosten sind gegenseitig deckungsfähig. Im Fall einer Bewerbung kann die Stelle besetzt werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN zieht daraufhin den Antrag zurück.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Nr. 5 – Wiederbesetzungssperre

Claudia Lange erläutert, dass eine Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung als Voraussetzung zu Unsicherheit über den Zeitpunkt der Wiederbesetzung führt und die Handlungsfähigkeit der Verwaltung gefährden könnte. Die drei Monate Wiederbesetzungssperre sind besser zu planen, aber bei dem Fachkräftemangel auch nicht einfach.

Es wird zwischen den Fraktionsmitgliedern beraten und auf Antrag der CDU-Fraktion wie folgt beschlossen:

Beschluss:

Die auf Seite 48 des Haushaltsentwurfs beschriebene Wiederbesetzungssperre wird gestrichen.

Beratungsergebnis: 6 Ja-Stimme(n) (3 GfE, 2 SPD, 1 CDU), 3 Gegenstimme(n) (3 GRÜNE), 0 Stimmenthaltung(en)

SPD Nr. 1 – Freizeitgelände Invest.-Nr. 3104-058

Der Vorschlag wird von den Ausschussmitgliedern beraten. Eine Umsetzung in 2024 des Projektes wird als unrealistisch angesehen und deshalb eine Reduzierung des Haushaltsansatzes für die geplante Investition vorgeschlagen. Die bestehenden Haushaltsreste sollen von der Reduzierung unberücksichtigt bleiben.

Beschluss:

Die geplanten Investitionskosten für das Freizeitgelände Invest.Nr. 3104-058 werden auf 50.000 € reduziert.

Beratungsergebnis: 6 Ja-Stimme(n) (3 GRÜNE, 2 SPD, 1 GfE), 3 Gegenstimme(n) (2 GfE, 1 CDU), 0 Stimmenthaltung(en)

SPD Nr. 2 - Umsetzung der Ausgleichsflächen Im Bensensee/ In den Leimenäckern

Dietrich Schmid erläutert warum die SPD-Fraktion die Streichung der Investitionsmittel für die Umsetzung der Ausgleichsflächen Im Bensensee/ In den Leimenäckern (Invest.-Nr. 3401-001) in der ursprünglich geplanten Höhe von 147.000 € beantragt.

Von den Ausschussmitgliedern wird die Frage gestellt, woraus sich, die in der „Liste der nachträglichen Änderungen“ in dieser Position eingetragene Erhöhung von 15.000 € ergibt. Die Frage kann von der Verwaltung spontan nicht beantwortet werden und wird deshalb nachgereicht.

Beschluss:

Die Investitionsmittel für die Umsetzung der Ausgleichsflächen Im Bensensee/ In den Leimenäckern (Invest.-Nr. 3401-001) in der ursprünglich geplanten Höhe von 147.000 € werden gestrichen.

Beratungsergebnis: 2 Ja-Stimme(n) (2 SPD), 6 Gegenstimme(n) (3 GRÜNE, 2 GfE, 1 CDU), 1 Stimmenthaltung(en) (1 GfE)

SPD Nr. 3 - Streichung der in den Haushalt eingestellten Mittel, für den Grundstückskauf

Claudia Lange erläutert hierzu, dass die Gemeinde sich zwar zum Grundstückskauf verpflichtet hat, aber der Regionalverband einen Förderantrag stellen wollte. Dies ist versehentlich unterblieben, so dass die Gemeinde nicht die mit dem Kaufpreis eingeplanten Einnahmen aus der Förderung erhält. Frau Lange ist mit dem Regionalverband in Klärung, inwieweit man bereit ist, die Gemeinde zu entlasten.

Beschluss:

Die eingeplanten Investitionsmittel für den Grundstücksankauf Radschnellweg (Invest.- Nr. 3104-251) in Höhe von 60.000 € (Betrag ist in Gesamtsumme für Grundstückskauf von 495.000 € enthalten) werden gestrichen.

Beratungsergebnis: 2 Ja-Stimme(n) (SPD), 7 Gegenstimme(n) (3 GfE, 3 GRÜNE, 1 CDU), 0 Stimmenthaltung(en)

SPD Nr. 4 - Zuschuss der Gemeinde Erzhausen zum Bau des Pflegeheims an die evangelische Kirche

Claudia Lange erläutert die Historie der Vereinbarung zwischen der Gemeinde Erzhausen mit der evangelischen Kirche über den Zuschuss zum Bau des Pflegeheims. Sie beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder und erläutert, warum sie eine Streichung des Zuschusses als nicht sinnvoll erachtet.

Beschluss:

Der geplante Investitionskostenzuschuss der Gemeinde Erzhausen (Invest.Nr. 1404-001) zum Bau des Pflegeheims an die evangelische Kirche in Höhe von 270.000 € wird gestrichen.

Beratungsergebnis: 2 Ja-Stimme(n) (2 SPD), 7 Gegenstimme(n) (3 GfE, 3 GRÜNE, 1 CDU), 0 Stimmenthaltung(en)

SPD Nr. 5 - 5.Privatrechtliche Leistungsentgelte

Dietrich Schmid stellt die Vorschläge zur Erhöhung von privatentgeltlichen Leistungen kurz vor. Die Ausschussmitglieder tauschen sich zu den Vorschlägen aus. Da für die Umsetzung der gemachten Vorschläge diverse Satzungsänderungen im Vorfeld vorgenommen werden müssen, besteht Einigkeit darin, dass eine Umsetzung für den Haushalt 2024 nicht realisierbar ist, aber für die zukünftigen Haushalte geprüft werden soll. Die Vorschläge sollen im noch zu bildenden Arbeitskreis aufgegriffen und besprochen werden.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

SPD Nr. 6 - Kündigung des gemeinsamen Ordnungsamt Bezirks Egelsbach/Erzhausen

Auch dieser Antrag ist für den Haushalt 2024 nicht mehr realisierbar und soll zu einem späteren Zeitpunkt (interkommunaler Arbeitskreis) für die zukünftigen Haushaltsjahre beraten werden.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

SPD Nr. 7 - Streichung einer Stelle im Fachbereich IT

Zu dem Antrag gibt es unterschiedliche Standpunkte bei den Ausschussmitgliedern. Es besteht Einigkeit darüber, dass eine Umsetzung im Haushaltsjahr 2024 nicht vorgenommen werden kann. Zudem ist die Stelle im Fachbereich III inzwischen besetzt. Daher bleibt der Antrag ebenfalls ohne Beschluss. Das Thema der interkommunalen Zusammenarbeit soll im noch zu bildenden Arbeitskreis aufgenommen werden.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

SPD Nr. 8 - Freiwillige Leistungen

Es findet ein Austausch zwischen den Ausschussmitgliedern zu den aufgeführten Vorschlägen statt. Fragen von den Ausschussmitgliedern an die Verwaltung werden von Claudia Lange und Alexander Steinmetz beantwortet.

Es wird nur über den **Antrag 8.3. Streichung des Zuschusses für die Seniorensitzung des KCE** abgestimmt.

Alle weiteren Punkte sollen zu einem späteren Zeitpunkt für die zukünftigen Haushalte beraten und geprüft werden (interkommunaler Arbeitskreis).

Beschluss:

Der Zuschuss für die Seniorensitzung des KCE in Höhe von 1.272 € (KSt 1402-001 SK 7128000) wird gestrichen.

Beratungsergebnis: 6 Ja-Stimme(n) (3 GRÜNE, 2 SPD, 1 GfE), 2 Gegenstimme(n) (1 GfE, 1 CDU), 1 Stimmenthaltung(en) (1 GfE)

GfE Nr. 1 - Streichung der Freiwilligen Leistung: „Zuschuss Schwimmbad Egelsbach“ in Höhe von 10.000 €

Die Mitglieder des Ausschusses beraten den Vorschlag der GfE den Zuschuss für das Schwimmbad Egelsbach vollständig zu streichen. Es wird die Idee vorgebracht, einen kleinen Teil der geplanten Mittel für sozialschwache Familien für den Erwerb von Eintrittskarten für das Schwimmbad Egelsbach im Haushalt 2024 einzuplanen. Die Modalitäten müssten dann noch im Detail geklärt werden.

Beschluss:

Die eingeplanten Zuschüsse für das Schwimmbad Egelsbach in Höhe von 10.000 € werden gestrichen.

Beratungsergebnis: 6 Ja-Stimme(n), 3 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Beschluss:

Es werden Mittel in Höhe von 3.000,00 € für sozialschwache Familien für den Erwerb von Eintrittskarten für das Schwimmbad Egelsbach für 2024 bereitgestellt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

GfE Nr.2 - Kürzung der freiwilligen Leistung Seniorenfahrten von 2.000 € auf 500 €

Beschluss:

Die freiwilligen Leistungen für Seniorenfahrten werden von 2.000 € auf 500 € gekürzt.

Beratungsergebnis: 6 Ja-Stimme(n) (3 GfE, 3 GRÜNE), 2 Gegenstimme(n) (2 SPD), 1 Stimmenthaltung(en) (1 CDU)

GfE Nr. 3 - Einplanung von 1.200,- freiwilliger Leistung für das Carsharing-Angebot

Die Ausschussmitglieder beraten über den Antrag der GfE die Streichung des Budgets (KST3101-001 SK 7128000) für Carsharing in Höhe von 1.200 €. Fragen hierzu beantwortet Claudia Lange. Da die Kündigung des Vertrags erst Ende 2024 möglich ist, stellt man fest, dass die geplante vollständige Streichung der Mittel für 2024 nicht möglich ist.

Beschluss:

Die durch nachträgliche Änderung vorgenommene Streichung der freiwilligen Leistung für das Carsharing-Angebot in Höhe von 1.200 € wird zurückgenommen.

Beratungsergebnis: 7 Ja-Stimme(n) (3 GfE, 3 SPD, 1 CDU), 0 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en) (2 SPD)

GfE Nr. 4 - Freiwillige Leistung „Halle der Vereine“ durch entsprechende Mieten wirtschaftlich gestalten

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass es keinen Beschluss zu dem Antrag geben kann, da eine entsprechende Satzungsänderung herbeigeführt werden muss und es dementsprechende Vorarbeiten braucht. Die Idee die Nutzung der Halle zu optimieren und für die Halle eine Miete zu erheben, soll im Arbeitskreis geprüft und vorbereitet werden.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

GfE Nr. 5 - Schließung des „Waldkindergartens“

Claudia Lange erläutert die unterschiedliche Kostendeckung der einzelnen Kitas sowie der Außengruppen. Die GfE kündigt einen Antrag für die nächste Gemeindevertretung zur Prüfung einer möglichen Schließung der Außengruppen an und zieht den vorliegenden Antrag zurück.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

GfE Nr. 6 - Die Lohnkostenentwicklung ab dem Jahr 2025 ist mit 2% anzunehmen

Die Ausschussmitglieder der GfE begründen nochmals ihren Antrag, warum sie die nachträgliche Anpassung der Lohnkostenentwicklung ab 2025 auf 4% für unberechtigt halten. Es findet ein Austausch zwischen allen Ausschussmitgliedern statt.

Beschluss:

Für die Lohnkostenentwicklung ab dem Jahr 2025 wird ein Prozentsatz von 2% angenommen.

Beratungsergebnis: 4 Ja-Stimme(n) (3 GfE 1 CDU), 5 Gegenstimme(n) (3 GRÜNE, 2 SPD), 0 Stimmenthaltung(en)

GfE Nr. 7 - Verbesserung der mittelfristigen Ertragssituation

Die Ausschussmitglieder tauschen sich über die vorgetragenen Vorschläge aus und sich einig darüber, dass eine konkrete Umsetzung im Rahmen des Arbeitskreises erarbeitet werden soll.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

Der Vorsitzende Tobias Pippart schlägt vor, die Sitzung auch noch nach 23:00 Uhr fortzuführen, um die „Liste der nachträglichen Änderungen“ noch besprechen zu können.

Beschluss:

Die 29. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wird am 01.02.2024 nach 23.00 Uhr weiter fortgeführt.

Beratungsergebnis: 8 Ja-Stimme(n) (3 GfE, 2 GRÜNE, 2 SPD, 1 CDU), 1 Gegenstimme(n) (GRÜNE), 0 Stimmenthaltung(en)

Um 22:54 Uhr wird eine Sitzungspause beantragt.

Beschluss:

Die Sitzung wird für eine Pause von ca. 5 Minuten unterbrochen.

Beratungsergebnis: 8 Ja-Stimme(n) (3 GfE, 3 GRÜNE, 2 SPD), 0 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en) (1 CDU)

Wiedereintritt in die Tagesordnung um 23:05 Uhr.

Die Haushaltsberatung wird mit der „Liste der nachträglichen Änderungen“ vorgesetzt. Alexander Steinmetz erläutert die geänderten Positionen entsprechend der Reihenfolge der Liste von oben nach unten.

Zu folgenden Positionen erfolgt eine Abstimmung:

Erträge KST 3104-212 Zuschuss Traföhäuschen (Landeszuschuss 1/3 der Aufwendungen) und gleichzeitig Aufwendungen KST 3104-212 (Kijupa Projekt Verschönerung Traföhäuschen)

Beschluss:

Für das Projekt des Kijupa „Verschönerung Traföhäuschen“ werden Mittel in Höhe von 1.500 € (KST 3104-212 SK 6161000) für 2024 bereitgestellt. Der zu beantragende Zuschuss beläuft sich dann entsprechend auf 500 € (KST 3104-212 SK 54xxxx).

Beratungsergebnis: 5 Ja-Stimme(n) (2 GRÜNE, 2 SPD, 1 CDU), 2 Gegenstimme(n) (2 GfE), 2 Stimmenthaltung(en) (1 GRÜNE, 1 GfE)

Auszahlungen Investitionen KST 3301-001 SK 0614010 Erweiterung Rundwanderweg Erhöhung um 8.200 €

Die Ausschussmitglieder tauschen sich hierüber aus. Da die Auszahlungen für Investitionen des Rundwanderwegs unter der gleichen Kostenstelle und Sachkonto fallen, wie die Auszahlungen für Investitionen „Barrierefreiheit“ sind sich die Ausschussmitglieder einig, dass die erhöhten Investitionsauszahlungen für den Rundwanderweg über das für die „Barrierefreiheit“ zur Verfügung gestellte Budget finanziert werden soll.

Beschluss:

Die in der „Liste der nachträglichen Änderungen“ eingeplanten Investitionsauszahlungen für die Erweiterung des Rundwanderwegs (KST 3301-001 SK0614010) in Höhe von 8.200 € werden gestrichen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)